Dr. Christine Hausmann (Februar 2006)

Für ein Leben in Würde – Die Landfrage in Südafrika

1. Die Brisanz der Landdebatte in Südafrika

Durch die Krise in Simbabwe ist die Landfrage im Südlichen Afrika in das Interesse der internationalen Medien gerückt. Dieses Interesse hat auch die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf Landverteilungsprozesse im benachbarten Namibia und Südafrika gelenkt.

Land ist die Basis der Lebensgrundlage in Gesellschaften, die zu hohem Prozentsatz von Landwirtschaft (weit über die Hälfte der Bevölkerung Südafrikas) abhängig sind. So stellt der gesicherte Zugang zu Land, zu Bodennutzungsrechten sowie zu Landbesitz durch Umverteilung im heutigen Südafrika ein Thema dar, das sehr emotional besetzt ist. Durch koloniale Siedlungs- und Ausbeutungspolitik, durch Enteignung und Zwangsumsiedelungen entzogen europäische Siedler den afrikanischen BewohnerInnen in größtem Maße die eigene wirtschaftliche Basis und damit auch die eigenen Normen und Werte. Eine gerechte Landumverteilung kann heute somit als essentieller Bestandteil von Vergangenheitsbewältigung und als eine Chance zu Versöhnung und Transformation angesehen werden (SACC 2004: 1). Dass dieser Prozess langwierig, teuer, schmerzhaft und voller Spannungen sein kann, zeigt sich in Südafrika nach 11 Jahren Unabhängigkeit des Landes. Chronische Landprobleme stehen hier einer effektiven Armutsbekämpfung und einer Entwicklung des Landes noch soweit im Weg, dass - ignoriert man die Brisanz der Frage - Krisen mit weitreichenden Folgen für die Region zu erwarten sind.

2. Landenteignung in der Kolonial- und Apartheidzeit

Durch über 250 Jahre von holländischer und britischer Besetzung haben AfrikanerInnen, die in der heutigen Region südliches Afrika leben, das meiste an ihrem Land eingebüßt. Eine Reihe von Gesetzen und Maßnahmen in der Kolonialzeit machten Landnutzung und Landbesitz von der Rasse (und indirekt auch dem Geschlecht) einer Person abhängig; Millionen von Menschen wurden in Reservate zwangsumgesiedelt, wo sie den weißen Farmern und Minenbesitzern als billige Arbeitskräfte dienen mussten. Dass schwarze Farmer oder Farmarbeiter in der Lage waren, sich durch ihre Arbeit und Zugang zu lokalen Märkten einen guten Lebensstandard zu verschaffen, machte sie nach Ansicht der Siedler zur potentiellen Gefahr ihrer eigenen Position und sie erließen so Gesetze, die Landnutzung oder gar Besitz außerhalb den ihnen zugeteilten Gebieten zu verhindern suchten. Der *Natives Land Act* (1913) sowie der *Native Trust and Land Act* (1936) teilte Schwarzen zum Beispiel nur noch 13,8 Prozent des gesamten nutzbaren Lan-

des zu (ICG 2005: 136). Auch wurden mit dem *Native Administration Act* (1927) Passgesetze erlassen, die die Bewegungsfreiheit der Schwarzen stark einschränkte. Die Folge war, dass Millionen Menschen auf nur 1/5 des gesamten Landes zusammengedrängt wurden, um Platz für weiße Siedler und deren Farmlandbedürfnisse zu schaffen. Als Folge der Übervölkerung der Gebiete mussten viele auf der Suche nach Jobs in die Städte ziehen, um ihr Überleben zu sichern. Diejenigen, die bisher Teile von Farmen der Weißen angemietet hatten, um ihrer Subsistenzwirtschaft nachzugehen, wurden gezwungen, sich ihre Daseinsberechtigung auf der Farm durch schlecht oder oftmals unbezahlte Schwerstarbeit zu sichern, andernfalls wurden sie einfach von der Farm gejagt und ihr Eigentum zerstört (TCOE 2004:16f). Zu dieser Zeit etwa begann auch eine Umorientierung auf profitorientierte Landwirtschaft in großem Stil, was viele Arbeitskräfte, die vorher noch gebraucht wurden, überflüssig machte. Sie folgten den anderen in die Reservate, die im Zug einer radikalen Segregationspolitik (der Apartheidspolitik) in ethnische *Homelands* oder *Bantustans*[1] umbenannt wurden. Hier wurden allein von 1950 bis 1980 1,4 Millionen Schwarze in die 11 Homeland-Staaten zwangsumgesiedelt[2], wo die Bevölkerung zwischen 1960 und 1980 von 4,5 auf 11 Millionen anstieg (ICG 2004: 136). Insgesamt waren 3,5 Millionen Schwarze von den Zwangsumsiedlungen betroffen. Als Resultat ist die fruchtbare Beteiligung von schwarzen SüdafrikanerInnen an der Landwirtschaft bis heute extrem eingeschränkt. Nur ca. 26 Prozent aller ländlichen Haushalte haben überhaupt nur Zugang zu einem Stück Land, das sie bewirtschaften können. Zumeist ist das Land von schlechter Qualität und überbewirtschaftet.

3. Frauen und Land - Die Folgen der Kolonialisierung und der Apartheid

Diejenigen, die von der Unterdrückung und Segregation am meisten betroffen waren, waren Frauen. Frauen hatten mit den verstärkten Arbeitsbelastungen zu kämpfen, als ihre Männer, Söhne und Brüder durch die Auferlegung von hohen Steuerabgaben gezwungen waren, Arbeiten für die Siedler in Minen oder in den Städten zu übernehmen. Alle Arbeiten, die traditionell von den Männern auf dem Land ausgeübt wurden, mussten nun zusätzlich von Frauen übernommen werden. Während ihre Arbeitslast sich beständig erhöhte, wurde ihr Status geringer. So wurde zum Beispiel ihr ehemals festgelegtes Recht auf den Zugang zu Land durch die Ge-

---

[1] Homelands oder Bantustans waren halbautonome Gebiete, die von traditionellen Chiefs in Diensten des Apartheid-Regimes verwaltet wurden. Gegen diese Art der Verwaltung und Aufoktroyierung hatten sich ab 1950 schon breite Auflehnungsbewegungen ergeben (siehe auch TCOE 2004: 24f).

[2] Die Segregationspolitik wurde ab den 50ger Jahren durch eine Serie von Gesetzen unterstützt, die die Bewegungsmöglichkeiten von Menschen je nach ihrer Rasse auf bestimmte Wohn- und Arbeitsgebiete beschränkte, hier unter anderem der *Group Areas Act* (1950) sowie die *Land Acts* von 1954 und 1955.

setzgebung der Siedler immer weiter eingeschränkt; männliche traditionelle Dorfvorsteher (*chiefs*) informierten die Siedler bei der Festschreibung des Gebrauchsrechtes entweder wissentlich falsch über Gebräuche und Rechte von Frauen oder es kam im Zug von Übersetzungsprozessen zu Missverständnissen, die in Gesetze umgewandelt und somit verankert wurden. Als Resultat ergab sich seit dieser Zeit eine grobe Ungleichheit bei der Zuteilung, Nutzung und Weitervererbung von Land, die sich für Frauen bis heute extrem ungünstig auswirkt.

4. Gesetzliche Maßnahmen der südafrikanischen Regierung

Die Südafrikanische Verfassung und das Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm (*Reconstruction and Development Programme*, RDP) sind Rahmenbedingungen für die Auseinandersetzung mit der auch geschlechtsspezifischen Landfrage im heutigen Südafrika. Das dreiteilige marktorientierte Modell der Landreform mit den Bereichen *Redistribution* (Landumverteilung mit finanzieller Unterstützung), *Restitution* (Landrückübertragung an diejenigen, die im Zug der Landgesetze ab 1913 enteignet wurden) sowie die *Landpachtreform* für Landarbeiterfamilien ist auf gemäßigte Umverteilung mittels Konsens mit den derzeitigen Landbesitzern ausgerichtet (willing seller, willing buyer-Prinzip). Die Regierung verpflichtet sich, bis zum Jahr 2015 30 Prozent des Farmlands an bisher benachteiligte Haushalte und Gemeinschaften umverteilt zu haben. Die Redistribution folgte zunächst den Richtlinien des *Settlement und Land Aquisition Grant* (SLAG), ein Fond, durch den hauptsächlich sehr arme Teile der Bevölkerung (hauptsächlich Frauen) Zugang zu Subsistenzland erhielten. Allerdings wurde dies unter Thabo Mbeki ab 2000 durch das so genannte *Land Redistribution for Agricultural Development Programme* (LRAD) ersetzt, bei dem es hauptsächlich darum ging, Land auch an diejenigen zu verteilen, die einen Eigenbeitrag leisten konnten, also eher kommerzielle Farmer als arme Landlose (TCOE 2004: 28f, siehe auch Yakpo 2003: 5).

Bei der Landrückübertragung (Restitution) hat es starke provinzielle Unterschiede gegeben. Zwar sind ¾ der Entschädigungsforderungen bis März 2004 beigelegt worden; es handelt sich aber hauptsächlich um kleinere Grundstücke nahe den Städten; in Gebieten mit größeren Forderungen ländlicher Armer hat es kaum Fortschritte gegeben[3] (SACC 2004).

Die Landpachtreform schreitet am langsamsten voran. Sie basiert auf einer Reihe von verabschiedeten Gesetzen, die die Rechte von FarmarbeiterInnen und FarmbewohnerInnen von Pri-

[3] Nach dem South African Council of Churches (SACC) hätte die Restitution einen wichtigen Effekt zur Herstellung von Identität darstellen können. Die Forderungen wurden zumeist mit Auszahlungen in bar abgegolten, die eine Auseinandersetzung mit der Thematik nicht vorsahen. Denen, die Land zurückerhalten haben, fehlen oft die unterstützenden Maßnahmen wie Ausbildung in Farmmethoden oder effektive Vermarktungstechniken, Zugang zu Kredit und Farmausrüstung, so dass das Land oft de facto brachliegt (SACC 2004).

vatfarmen stärken, sowie die Handhabung und Kontrolle von Gemeindeland regeln sollen. Allerdings haben sich die meisten dieser Gesetze als kontraproduktiv für eine effektive Armutsbekämpfung erwiesen[4].

Bis September 2004 sind 4,2 Prozent des gesamten Agrarlandes (weniger als 2 Millionen Hektar von den zu verteilenden 83 Millionen Hektar) durch Umverteilung, Rückerstattung oder Kauf von weißen in schwarzen Besitz übereignet worden (Abrahams 2004: 10). Diese Zahl liegt allerdings weit hinter den 30 Prozent zurück, die die Regierung bis 2015 angestrebt hat (Hall 2004). Neben zu geringer Mittelallokation, strukturell schwacher Implementierungsinstitutionen, unzureichende Unterstützungsmaßnahmen sowie eine zu geringe politische Priorität bemerken eine Vielzahl von KritikerInnen, dass die Ursache der Ungleichheit, nämlich die bisherigen Besitzrechte de facto unangetastet bleiben und Siedlungsmuster a la Apartheid nicht wirklich verändert wurden. Auch haben sich die Hauptzielgruppen der Begünstigten im Prozess verändert; solche Programme, die gezielt marginalisierte Gruppen wie Frauen und Jugendliche unterstützen sollten, wurden massiv eingeschränkt (People's Budget Campaign 2004:19ff). De facto wurde mit den Maßnahmen eher eine kleine schwarze Elite begünstigt, die breite Masse ist bisher leer ausgegangen. Ihre Situation hat sich in den letzten 11 Jahren weiter verschlechtert.

5. Die Situation von (Land-)Frauen im heutigen Südafrika

Schaut man sich die Arbeitslosenzahlen und Einkommenszahlen für 2004 an, so sind besonders schwarze Frauen in den früheren *homelands* von höherer Arbeitslosigkeit und niedrigererem Einkommen betroffen. So lebten ca. 60 Prozent aller schwarzer Frauen in Südafrika unter der Armutsgrenze (People's Budget 2005: 5, 8). Etwa 770, 000 afrikanische Frauenhaushalte leben demnach in chronischer Armut; die meisten befinden sich in den ländlichen Gebieten (TCOE 2003: 6). Obwohl ländliche Haushaltsvorsteher zumeist Frauen sind, haben sie keinen gesicherten Zugang zu Land, Finanzen und Farmgeräten und sind oft auf Zuwendungen der Regierung angewiesen. Fehlende medizinische Versorgungseinrichtungen in ihren Wohngebieten überlassen ihnen die Pflege von Älteren und Kranken, hauptsächlich HIV-infizierten Personen sowie deren Kinder. Haben Familien schließlich im Zug der Reform Land erhalten, fehlt ih-

[4] So soll der *Land Reform Act 3*, 1996 (LTA) sowie der Extension of Security of Tenure Act 62 1997 (ESTA) zwar eigentlich Farmarbeitern größere Rechte einräumen, um der Vertreibung durch weiße Besitzer entgegenzuwirken, aber bis Ende 2000 kam nicht eine einzige Klage vor Gericht und das, obwohl eine extrem hohe Zahl von Arbeitern von Farmen der Weißen vertrieben wurden (Yakpo 2003:6). Auch stärkt der kürzlich verabschiedete *Communal Land Rights Act* CLRA (2004) erneut die traditionellen Autoritäten bei der Landverteilung, was besonders für Frauen negative Auswirkungen auf die Möglichkeit, gesicherten Zugang zu Land zu bekommen, mit sich bringen wird.

nen meist der Zugang zu unterstützenden Maßnahmen und sie sind so oft nicht in der Lage, das Land zumindest zu Subsistenzzwecken ausreichend zu bewirtschaften.
Besonders bei der Landfrage zeigt sich, dass Frauen, die laut Aussage der Regierung die Hauptnutznießerinnen der Landreform sein sollten, nach 11 Jahren die klaren Verliererinnen geblieben sind. Neben den bereits erwähnten strukturellen Problemen lassen die geringe finanzielle Verpflichtung zur Frauenfrage sowie fehlende Indikatoren für geschlechterfreundliche Projekte oder Maßnahmen dieses Versprechen leer klingen.

6. Nichtstaatliche Maßnahmen und Forderungen

Frauenorganisationen waren von jeher ganz maßgeblich daran beteiligt, Rechte für Frauen auf dem Land oder in der Stadt einzufordern und gegen unzumutbare Lebensumstände und Gesetze zu protestieren[5]. So formierten sich zur Apartheidszeit eine Reihe von Organisationen, die versuchten, die Rechte der Frauen im Bewusstsein der PolitikerInnen zu verankern. Eine der großen Gruppierungen ist zum Beispiel die *Federation of South African Women*, die sich 1954 formierte und deren Women's Charter Teil der Freedom Charter des ANC wurde. 1983 bildete sich die *United Democratic Front,* ein Dachverband von sozialen und kirchlichen Organisationen heraus, die ab 1992 in die *Women's National Coalition* eingegliedert wurde; ein landesweiter Zusammenschluss aus kirchlichen Gruppen, sozialen Organisationen und ANC-nahen Vereinigungen (Schäfer 2004:18). Auch das *Rural Women's Movement*, ein Zusammenschluss von 41 Frauengruppen trug maßgeblich dazu bei, dass die Forderungen besonders von Landfrauen in die Verfassung integriert wurden (Cole, Newton 1996: 69-71). Diese Forderungen betrafen damals wie heute das Recht auf Land unabhängig vom maritalen Status der Frau, die Eintragung von Land im Namen der Frau sowie die Gewährung eigener Anbauflächen und entsprechende Entscheidungskompetenzen bei Bebauung, Vermarktung und bei der Verwendung der erwirtschafteten Erträge.
Als eines der wichtigen Netzwerke der Neuzeit ist der *Trust for Community Outreach and Education* (TCOE) zu nennen, ein nationales Kollektiv von Nichtregierungsorganisationen, die in ländlichen und halburbanen Gebieten verwurzelt sind. Ihrem Anspruch, die Problematik vor allem durch Dialog mit **allen** Beteiligten anzugehen, wird ihr aktuelles Programm „Für ein Leben in Würde - Our Land, Our Life, Our Future" - sehr gerecht. Diese multimediale Fotoausstellung

[5] Ab 1920 formierte sich schon massiver Widerstand von methodistischen Frauengruppen gegen die von der Regierung erlassenen Passgesetze und die so genannte Bantubildung, die die Siedler für Afrikaner vorgesehen hatten. Gebetstreffen wurden zu Diskussionsforen über die Armut und Ungerechtigkeit; hier wurden zum Teil auch Protestaktionen wie Schul- oder Geschäftsboykotte organisiert.

mit Alltagsszenen des Lebens auf dem Land, die mit großem Erfolg in Südafrika und den Niederlanden gezeigt wurde, wird ab Herbst 2005 auch in Deutschland zu sehen sein. Als Wanderausstellung und Diskussionsforum stellt sie ein wichtiges Instrument dar, um denen eine Stimme zu geben, die bislang ungehört geblieben waren. Die Ausstellung versteht sich als Impulsgeber, um die Öffentlichkeit wie auch Politiker für die Dringlichkeit des Umdenkens zum Thema Landverteilung in Südafrika zu sensibilisieren und Strategien zu überdenken, die verarmten Menschen und hier besonders Frauen auf dem Land ein Leben in Würde garantieren.

7. Ausblick

Solange es nicht gelingt, den Millionen von Landlosen zumindest eine Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lebenssituation zu vermitteln, können diese Menschen je nach Belieben von politischen Interessen manipuliert werden. Die Auswirkungen von einer gewaltsamen Landumverteilung auf Frauen und ihre Familien sind dabei ganz besonders verheerend, wie man am benachbarten Simbabwe sehen kann[6].

Was die Situation emotional auflädt ist neben ganz praktischen Aspekten des Zugangs zu Land ganz stark auch ein spiritueller Aspekt. Menschen möchten von ihrer Geschichte sprichwörtlich Besitz ergreifen und das Land ihrer Vorfahren zurückgewinnen, bevor ein sinnvoller und produktiver Neuanfang gelingen kann. Dabei geht es in erster Linie auch um die Wiederherstellung von Würde, die den Menschen in jahrzehntlanger Unterdrückung genommen wurde (Melber 2002: 91).

Die südafrikanische Regierung muss sich entscheiden, ob es bei ihren Programmen um Armutsbekämpfung und Vergangenheitsbewältigung oder in erster Linie um produktive Aspekte gehen soll. Es ist wichtig, bei der Landreform vor allem nicht die Zielgruppen aus den Augen zu verlieren, denen man vor und in den ersten Jahren der Unabhängigkeit Hoffnungen auf Land und ein Leben ohne Armut gemacht hat. Niemand erwartet, dass im zwölften Jahr nach der Unabhängigkeit das Unrecht von mehr als 50 Jahren Unterdrückung und Segregation wiedergutzumachen ist. Die Richtung muss allerdings klar angezeigt werden und diejenigen, die am meisten betroffen sind, müssen zumindest kleine positive Auswirkungen spüren, um die Hoffnung nicht zu verlieren und um verständliche Wut und Frustration nicht überhand nehmen zu lassen.

---

6 Folgen der gewaltsamen Landumverteilung durch Landinvasionen sind abgesehen von massiven physischen und psychischen Belastungen Nahrungsmittelknappheit, Exportverluste, akute Armut, Arbeitslosigkeit, Zerstörung der Umwelt sowie Produktionsverlust (siehe The Zimbabwe Liberator's Platform 2004: 40).

Sie müssen in den Prozess der Debatte dringend mit eingegliedert werden. Denn während PolitikerInnen diskutieren und experimentieren, geht der tägliche Überlebenskampf in den ländlichen und städtischen Gebieten weiter. Es ist an der Zeit, zu handeln.

8. Literatur

Abrahamson, Jennifer 2005: Blühende Landschaften. In: afrika süd 1'05. 10-12.

Cole, Josette, **Newton**, Debbie 1996: Der Weg zur Demokratie. Die Landreform der Regierung der Nationalen Einheit. In: Nachrichtenstelle Südliches Afrika (Ed.) 1996: Land und Macht. Die Landfrage im Südlichen Afrika. Basel: NaSa. 46-75.

Hall, Ruth 2004: A political economy of land reform in South Africa. In: Review of African Political Economy No. 100. 213-227.

International Crisis Group 2004: Blood and soil. Land, politics and conflict prevention in Zimbabwe and South Africa. Brussels: ICG.

Melber, Henning 2002: The Issue of Land in Southern Africa. In: Wolfgang Apelt, Jochen Motte (Hrsg.) Landrecht. Perspektiven der Konfliktvermeidung im Südlichen Afrika. Wuppertal: foedus Verlag. 89-92.

People's Budget Campaign 2004: 2005-2006 People's Budget. Proposal from COSATU, SANGOCO und SACC. Johannesburg: NALEDI.

South African Council of Churches (SACC) 2004: The pace of land reform in South Africa. www.sacc-ct.org.za/landpace.html 1-5.

Schäfer, Rita 2004: Frauenorganisationen in Südafrika – Tragende Kräfte des gesellschaftlichen Neubeginns. In Solidarische Welt 187. 17-19.

Trust for community outreach and education (TCOE) 2003: Annual Report. Cape Town: TCOE.

--- 2004: Land is life. The history of land dispossession in South Africa. Cape Town: TCOE.

The Zimbabwe Liberators Platform 2004: What happened to our dream? In: David Harold-Barry (Ed.) 2004: Zimbabwe: The past is the future. Rethinking land, state and nation in the context of crisis. Harare: Weaver Press. 31-42.

Yakpo, Kofi 2003: Agrarian reform and the right to adequate food in South Africa. FIAN document D 35e. Heidelberg: FIAN International.

Zur Autorin

Dr. Christine Hausmann wurde 1969 in Heidelberg geboren. Sie ist Erziehungswissenschaftlerin und Ethnologin und hat an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg promoviert. Seit geraumer Zeit beschäftigt sie sich intensiv mit Frauenrechtsfragen im Südlichen Afrika und arbeitet seit 1999 als freie Beraterin in internationalen Bildungsprojekten mit Schwerpunkt Erb- und Landrecht sowie HIV/AIDS. Nach einem fünfjährigen Arbeitsaufenthalt in Simbabwe ist Frau Dr. Hausmann im Jahr 2005 nach Deutschland zurückgekehrt und arbeitet im Moment intensiv mit der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) an einer Foto-Ausstellung in Deutschland zum Thema Landrecht in Südafrika.

Kontaktdaten

Dr. Christine Hausmann
Ziva! Consulting
Ortenauer Str. 5A
69126 Heidelberg
Tel.: 0049-06221-3380510
Mobil: 0162-7743354
E-Mail: zivaconsulting@web.de